

Energiewende-Stopp für die Zukunft unserer Kinder in Deutschland**Gesamtjahresausgabe 2015 mit Inhaltsverzeichnis und suchfähig gegen Spende von 10 EUR.**

- NAEB Pressemitteilung Nr. 127 Erfolgreiche Bürgerinitiativen gegen Windparks
- Klare Botschaft von Prof. Dr. Sinn in 3,5 min: Energiewende unmöglich
- Energetische Amortisation von Energiekonvertierungsanlagen der Energiewende
- Parteipolitische Positionen zur Energiewende
- Energetische Amortisation von Energiekonvertierungsanlagen der Energiewende
- Die drei Speerspitzen der Energiewende BDEW, Agora, und DENA
- Nimbys machen Schleichwerbung für Windkraft
- Merkels KKW-Abschaltgründe nach Asyl-Einscheid neu zu evaluieren
- NAEB-Jahresversammlung – Abschluß 2015
- Eberharts Vers

NAEB Pressemitteilung Nr. 127 Erfolgreiche Bürgerinitiativen gegen Windparks

Wir geben alle 2 Wochen eine Pressemitteilung an ca. 150 Redaktionen heraus. Diese wird von unserem Pressesprecher Prof. Dr. Apple aus Wilhelmshaven (Schortens) verfasst. Da wir mit unserem NL viele Windkraftgegner erreichen, finden Sie im folgenden den Text der PM 127:

Erfolgreiche Bürgerinitiativen gegen Windparks

Bürgerinitiativen gegen Windparks bleiben erfolglos, wenn sie nicht die Wurzel des Übels, die Energiepolitik in Deutschland bekämpfen. Windstrom, wie auch Solarstrom und Biogasstrom (Ökostrom) ist unwirtschaftlich. Die Anlagen können nur mit hohen Subventionen betrieben werden. Subventionen und Privilegien müssen gestrichen werden. Dann wird kein einziges Windrad mehr gebaut.

Bald 75.000 Windgeneratoren

Der Bau von Windparks soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung schnell weiter gehen. Zu den heute in Deutschland bereits vorhandenen 25.000 Windgeneratoren sollen noch weitere 50.000 hinzukommen. Nur wer in der Mitte von Großstädten lebt (wie unsere Bundeskanzlerin), wird nicht von Windrädern in der unmittelbaren Umgebung gestört. Weit mehr als die Hälfte aller Bundesbürger wird jedoch nach dem geplanten Ausbau von Windstromanlagen umgeben sein. Sie machen Lärm, stören durch Schattenschlag der riesigen kreisenden Flügel und durch ständig blinkende Warnlichter für Flugzeuge. Nach neuen Erkenntnissen führt Infraschall (tiefe Schallwellen unterhalb der Hörgrenze) zu nachhaltigen Gesundheitsschäden. Wohngebäude verlieren im Mittel 30 Prozent ihres Wertes. In Einzelfällen werden sie unverkäuflich.

Naturschutz wird aufgegeben

Es nutzt wenig, wenn man ein Häuschen am Wald oder an einem Naturschutzpark hat, also an Gebieten, die bisher als schutzwürdig galten. Der Wald ist inzwischen zur Errichtung von 200 Meter hohen Windgeneratoren freigegeben. Grenzen von Naturschutzparks werden reduziert und der Mindestabstand verringert. Die Liste der zu schützenden Vogelarten wurde verkleinert. Mit solchen Methoden wird der Ausbau von Windstromanlagen vorangetrieben. Doch es gibt eine Ausnahme. Auf den Inseln der Nordsee werden keine Windparks erlaubt, weil dies den Kurbetrieb stört. Dabei ist gerade dort der beste Wind, also die größte Ausbeute. Wenn Windgeneratoren tatsächlich die Lösung unserer Energieprobleme sind, müssten die Inseln mit solchen Anlagen voll sein. Die Gäste sollen an den paar Ferientagen von Windanlagen nicht gestört werden. Den Bürgern im Land werden aber solche Störungen ein Leben lang zugemutet. Wo bleibt da die Logik?

Die Profiteure der „Energiewende“

Vorangetrieben wird der Ausbau der Ökostromanlagen von den Profiteuren der „Energiewende“ (mit Kosten ohne Ende). Es sind dies neben den Betreibern die Hersteller, Planer und Monteure der Anlagen, die Verpächter der Grundstücke, die auf Einsprüche von Bürgern und Bürgerinitiativen spezialisierten Rechtsanwaltskanzleien, die Banken und die auf Gewerbesteuer spekulierenden Gemeinden. Ihre Lobby hat viele Millionen Euro zur Verfügung. Sie berät nicht nur Abgeordnete, sondern ihre Leute sitzen sogar in den Ministerien und formulieren die Gesetze zum Wohle der Profiteure und zu Lasten des größten Teils der Bevölkerung. Welche Möglichkeiten haben die Betroffenen, sich gegen diese Belastungen und Ausplünderungen zu wehren?

Einsprüche an die Städte und Gemeinden, die die Bebauungspläne genehmigen müssen, helfen nicht. Zu stark ist die Lobby der Profiteure, die mit allen Mitteln bis hin zu Bestechungen und Bedrohungen den Bau von Ökostromanlagen durchsetzen. Sie werden unterstützt von den Vorgaben der Bundesregierung, ausreichende Flächen für Ökostromanlagen auszuweisen. Die Forderung wird begründet mit der Rettung des Weltklimas durch weniger Kohlenstoffdioxid in der Luft. Viele glauben an diese ideologische Vorstellung, die nicht bewiesen ist. Klimaänderungen hat es auf der Erde immer gegeben, unabhängig von dem Anteil an Kohlenstoffdioxid in der Luft und auch unabhängig von den Menschen, denn der Mensch existiert erst seit kurzer geologischer Zeit auf der Erde. Mit der Ideologie von der Klimaretterei wurde und wird die Bevölkerung ständig durch die Medien, aber auch durch die Schulen indoktriniert. Viele Mitbürger einschließlich Bürgermeister und Ratsmitglieder glauben dieser Ideologie. Sie sind nur schwer von ihrem Irrtum zu überzeugen. Zusammen mit den Profiteuren bilden sie meistens die Mehrheit. So werden weitere Ökostromanlagen genehmigt.

Klagen helfen nicht

Auch Klagen gegen Windparks erreichen nichts. Richter müssen nach Gesetzen richten, auch dann, wenn sie die Gesetze nicht für sinnvoll halten. Darüber hinaus sind auch viele Richter indoktriniert. Ihr Ermessensspielraum NAEB e.V. Stromverbraucherschutz, <http://www.naeb.de>, info@naeb.info Fax 05247 702909, Berlin Spenden an: NAEB e.V., Berliner Sparkasse, IBAN DE50100500006603157851

Energiewende-Stopp für die Zukunft unserer Kinder in Deutschland

geht dann in Richtung der Genehmigung von Windparks. Klagen nutzen also nur den Rechtsanwaltskanzleien, die von den Betroffenen Gebühren kassieren.

Erfolg gegen die Ökostromanlagen kann es nur geben, wenn die Subventionsgesetze wie das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG) ersatzlos gestrichen werden. Damit ist die Energiewende gestorben, weil Ökostrom deutlich teurer ist als konventioneller Strom. Ein Kampf gegen Windparks vor der eigenen Haustür bei gleichzeitiger Zustimmung zur „Energiewende“ (Nimby- Forderung: Not in my backyard) kostet nur Zeit und Geld ohne jeden nachhaltigen Erfolg. Vielleicht erreicht man eine Verlagerung des Windparks hinter das Haus. Die Belästigung und weiter steigende Stromkosten bleiben.

Alle Bundestagsparteien befürworten die „Energiewende“

Gesetze werden in den Parlamenten beschlossen. Für die Energiegesetze ist der Bundestag zuständig. Hier gilt es anzusetzen. Wir müssen die Partei wählen, die die Energiegesetze ersatzlos streichen will. Leider gibt es eine solche Bundestagspartei nicht. Alle dort vertretenden Parteien befürworten die Energiewende. Es nutzt wenig, sich an einzelne Bundestagsabgeordnete zu wenden. Im direkten Gespräch hört man immer wieder. Ich stimme Ihnen ja voll zu. Wenn ich das aber öffentlich sage, streicht meine Partei mich von der Kandidatenliste bei der nächsten Wahl. Also stimme ich öffentlich dafür. Wir brauchen im Bundestag eine Partei, die gegen die Energiewende ist, damit wir wieder eine Wahlmöglichkeit haben.

Wählergruppen sind besser als Bürgerinitiativen

Bebauungspläne werden in den Gemeinde- und Kreisräten beschlossen. Hier können Bürger direkt Einfluss nehmen, wenn sie sich in die Räte wählen lassen. Ratsmitglieder haben frühzeitig Einblick in die Bauanträge und Bauplanungen. Sie können die Öffentlichkeit informieren, bevor bindende Ratsbeschlüsse gefasst werden. Es ist viel sinnvoller und einfacher, eine Wählergruppe zu bilden, statt eine Bürgerinitiative als Verein zu gründen. Bereits mit der Gründung kann der „Wahlkampf“ mit der Forderung, keine weiteren Windanlagen auf dem Gemeindegebiet zuzulassen, beginnen. Erfahrungsgemäß begleitet die Lokalpresse solche Aktionen. Damit gibt es dann in der Gemeinde auch eine klare Wahlmöglichkeit.

Die Mitglieder vom Stromverbraucherschutz NAEB e.V. (www.naeb.de), einer Vereinigung von über hundert Energiefachleuten, sind bereit, bei der Gründung von Wählergruppen zu helfen. Wir können Ratschläge geben und eigene Erfahrungen und Erfolge einbringen. Wir bieten Vorträge auf Versammlungen an zur Unterrichtung der Mitglieder und der Öffentlichkeit über die Kosten und Risiken der Ökostromerzeugung.

Klare Botschaft von Prof. Dr. Sinn in 3,5 min: Energiewende unmöglich

Anlässlich seiner Abschiedsrede – er scheidet im März aus dem IfO in den verdienten Ruhestand aus – hat Herr Prof. Dr. Sinn ca. Eineinhalbstunden eine Tour d' Raison durch die Deutsche Politik und Wirtschaft gemacht. Dabei widmet er dreieinhalb Minuten der Energiewende und diese Minuten sind so überzeugend, dass wir sie mit Genehmigung des IfO-Institutes herausgeschnitten und separat online gestellt haben.

<https://www.youtube.com/channel/UCOcJzyQc0RY0RL4qPiwzmVw>

Gönnen Sie sich unbedingt diese wenigen Minuten. Mit dieser Information sind Sie zwar nicht präpariert, in eine technische Detail-Diskussion mit einem verbissen technisch versierten Ökofanatiker über die Energiewende einzusteigen, aber für den Nachbarn, der einfach an die Energiewende glaubt, reicht das allemal.

Sie können den Ausschnitt auch finden über unsere Film-WEB-Site naeb.tv.

Parteipolitische Positionen zur Energiewende

CDU, CSU, Die Grünen, Die Linke, FDP, SPD haben in ihren Programmen bzw./und in ihren Beschlüssen auf Bundesebene ein klares Bekenntnis pro Energiewende abgelegt. Eine Beendigung der Energiewende ist nur über Bundestagsbeschlüsse möglich. Andere Parteien sind nicht im Bundestag vertreten. Unsere Situation scheint also aussichtslos.

In der Situation kann man die Position der Energiewende-Gegner im Windkraft-Umfeld und der Nimbys verstehen, die zumindest die schlimmsten Auswüchse der Energiewende im Windkraftbereich bezogen auf Beeinträchtigung von Menschen, Natur und Umwelt durch lokale und regionale Maßnahmen zu verhindern suchen. (siehe auch PM 127) Letzten Endes werden sie nur selten erfolgreich sein.

Wenn man also nicht völlig resignieren will, kann man nur darauf setzen, dass die AfD in absehbarer Zeit im Bundestag Fuß fassen wird und dann tatsächlich ein klares Bekenntnis im Parteiprogramm auf Bundesebene gegen die Energiewende verankert wird. Dieses ist bisher noch nicht geschehen, was wohl eher ein Versäumnis der Vergangenheit des ausgeschiedenen Prof. Dr. Lucke ist, der ja durchaus ein Vertreter der Decarbonisierung ist. Jedenfalls ist in den meisten Parteiprogrammen auf Landesebene ein klares Statement gegen die Energiewende enthalten. Damit besteht eine große Chance, dass diese Position auf Bundesebene verankert wird.

Damit ist allerdings noch nicht gewährleistet, dass die AfD sich auch vehement dafür engagieren wird, die Energiewende zu beenden. Jede Partei setzt Prioritäten und es spricht vieles dafür, dass die Energiewende in der AfD nachrangig zu Europapolitik und Zuwanderungsproblematik behandelt. Aber sei es drum, die AfD ist da ja alternativlos – siehe oben.

Damit ist das Thema allerdings immer noch mit einer Unwägbarkeit behaft. Medien und die im Bundestag vertretenen Parteien titulieren die AfD als rechtsradikal, rechtspopulistisch oder auch noch schlimmer. Hier eine NAEB e.V. Stromverbraucherschutz, <http://www.naeb.de>, info@naeb.info Fax 05247 702909, Berlin Spenden an: NAEB e.V., Berliner Sparkasse, IBAN DE50100500006603157851

Energiewende-Stopp für die Zukunft unserer Kinder in Deutschland

Beurteilung zu finden, ist sehr schwierig. Auf welche Information soll man sich abstützen? Die Medien haben gerade wieder durch die Silvester-Ereignisse mangelnde Kompetenz bzw. Neutralität der Berichterstattung bewiesen. Generell tendiert die Medienlandschaft zu einer extremen Links- und Ökolistigkeit. Gemäß einer Studie der Uni Hamburg vertreten über 70% aller Journalisten eine linke bzw. Öko- Grundhaltung.

Die Politiker der etablierten Parteien sehen natürlich die AfD als unliebsamen Emporkömmling – mit den Grünen war das vor 30 Jahren nicht anders. Sicher muß man davon ausgehen, dass eine junge Partei, rechts angelegt, inzwischen stark gewachsen, noch kein homogenes Korps-Denken hat. Sicher werden auch Sonderlinge und Extremisten in dieser Partei hochgespült worden sein. Wir sollten das sehr kritisch beobachten und es gibt ja heute Youtube. Man kann davon ausgehen, dass praktisch alle öffentlichen Auftritte von Köpfen dieser Partei dort mitgeschnitten sind. Damit kann man sich ein Bild unabhängig von Medien und von den Aussagen der politischen Gegner machen.

Tun Sie es und bilden sich Ihr eigenes Urteil über die AfD. Es ist sehr wichtig für uns Energiewende-Gegner, weil wie gesagt die AfD für uns praktisch alternativlos ist (Nimbys ausgenommen – die sind ja für die Energiewende).

Energetische Amortisation von Energiekonvertierungsanlagen der Energiewende

Wind- und Sonne schicken keine Rechnung, wie einer der Erzbischöfe der Energiewende, Dr. Franz Alt, in seinen Vorträgen gern immer wieder zum besten gibt.

Natürlich ist die Idee faszinierend, kostenlos und unbegrenzt verfügbare Energie für die Erzeugung von Strom zu verwenden. Wichtig ist dabei natürlich, dass man nicht an anderer Stelle, vielleicht sogar versteckt, Energie da rein steckt, so dass das Ganze vielleicht in Summe trotzdem eine negative Bilanz hat.

So haben die Ökofanatiker den Begriff Energetische Amortisation geprägt, um damit glaubhaft zu machen, dass auch wirklich mehr rauskommt man als man rein steckt.

So gibt es neben dem Begriff Erntefaktor, ebenfalls von den Ökofanatikern kreiert, in Wikipedia gut beschrieben eben diese Energetische Amortisation, d.h. die Zeitstrecke, die man benötigt, bis man die gesamte zur Herstellung und Errichtung einer Voltaik oder Windkraft-Anlage benötigte Energie mit dieser wieder erzeugt. So findet man bei Wikipedia für WKA den Wert 8 – 12 Monate und für Voltaik 3-6 Jahre. Das bedeutet, dass nach Ablauf dieser Zeit die Anlage zumindest die Menge an Energie aus der Umwelt (Wind und Sonne) gewonnen hat, die ursprünglich zu Ihrer Errichtung aufgewendet wurde. Aber dabei lässt man den zentralen Punkt aussen vor. Strom kann man nicht speichern und beim Transport zur Verbrauchsstelle treten nicht nur Verluste auf, sondern es muß eine entsprechend leistungsfähige Leitung vorhanden sein – und der Bau dieser Leitung benötigt auch wiederum Energie, die man ja dann wieder bei Sonne und Wind abschöpfen muß. Ob da überhaupt was übrig bleibt beim Speichern und Transportieren, wird in unserer Pressemitteilung 128, die ebenfalls heute erscheint, behandelt.

Eines ist jedenfalls klar. Die oben genannten Amortisationszeiten sind falsch, weil sie weder die Aufwendungen für Transport noch die für das Speichern enthalten.

Die drei Speerspitzen der Energiewende BDEW, Agora, und DENA

BDEW Bundesverband Elektrizitäts- und Wasserwerke

Agora "Braintrust" in Sachen Energiewende, Name abgeleitet aus dem griechischen dena Deutsche Energie Agentur

Der BDEW war mal eine Lobby-Organisation von 1.800 Unternehmen, die Wasser und Strom verkauften und dabei die bestmögliche politische Umgebung für ihr Geschäft erzielen wollten. Heute hat man dieses Geschäftsziel aus dem Auge verloren. Es geht nur noch darum, auf der Basis der politisch verordneten Energiewende das Beste daraus für die Mitglieder zu machen. Vor diesem Hintergrund ist die Neubesetzung des Hauptgeschäftsführers mit Stefan Kapferer (bisher Dr. Hildegard Müller) zu bewerten. Fachliche oder Marketingkompetenz sind nachrangig. Es geht nur noch um die Verzahnung in die politischen Strukturen und um den Befähigungsnachweis für die Durchsetzung politisch verordneter Ziele, mögen sie noch so unsinnig sein. Das macht die Besetzung bei diesem Werdegang verständlich:

--- stellvertretender Generalsekretär der OECD in Paris

--- Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium

--- Ausbildung als Diplom-Verwaltungswissenschaftler

Die primären Geschäftsinteressen (technisch und vertrieblisch) der Verbandsmitglieder werden wohl kaum von Herrn Kapferer besser wahrgenommen werden können wie vorher schon von Frau. Dr. Müller.

Begründung der Besetzung durch BDEW-Präsidium: *Wir freuen uns, dass wir mit Stefan Kapferer eine energiepolitisch außerordentlich erfahrene Persönlichkeit gewinnen konnten. Herr Kapferer genießt hohe Anerkennung in Politik und Wirtschaft. Seine Führungsqualitäten, seine exzellenten Fachkenntnisse sowie seine Fähigkeit zum Ausgleich zwischen verschiedenen Interessengruppen sind allgemein anerkannt. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Stefan Kapferer", sagte BDEW-Präsident Johannes Kempmann heute in Berlin.* Der BDEW wird vielfach noch verstanden als gemäß ursprünglicher Aufgabenstellung agierend angesehen.

Agora hat den Hauptträger Mercator, der wiederum von sich sagt: Die Stiftung Mercator ist eine private, unabhängige Stiftung. *Wir wollen Europa stärken, Integration durch gleiche Bildungschancen für alle* NAEB e.V. Stromverbraucherschutz, <http://www.naeb.de>, info@naeb.info Fax 05247 702909, Berlin Spenden an: NAEB e.V., Berliner Sparkasse, IBAN DE50100500006603157851

Energiewende-Stopp für die Zukunft unserer Kinder in Deutschland

verbessern, die Energiewende als Motor für globalen Klimaschutz vorantreiben und kulturelle Bildung in Schulen verankern. Sarkastisch könnte man den letzten Teil anders so formulieren: Wir bringen den Schulkindern bei, an die Energiewende und den Klimawandel zu glauben.

Wikipedia sagt folgendes: *Die Stiftung Mercator GmbH ist eine gemeinnützige, private deutsche Stiftung, die nach dem Mathematiker, Kartographen und Theologen Gerhard Mercator benannt ist. Die Stiftung wurde 1996 von der Handelsfamilie Schmidt-Ruthenbeck aus Duisburg gegründet und konzentriert sich teilweise auf das Ruhrgebiet. Sie hat laut Jahresbericht 2013 ein Stiftungskapital von 113,6 Millionen Euro (2012: 113,1 Mio. Euro; 2011: 108,7 Mio. Euro) und bisher rund 344 Millionen Euro an Fördergeldern ausbezahlt sowie circa 940 Projekte realisiert (Stand 2013). Die Stiftung ist in Essen angesiedelt.*

Agora wiederum ist wesentliche von der Stiftung betriebener Ableger. (<http://www.agora-energiewende.de/de/>)

Tragende Personen dort sind der sogenannte Beirat:

Prof. Dr. Dr. Klaus Töpfer

Dr. Patrick Graichen - Direktor Agora Energiewende

Rainer Baake - Staatssekretär BMWi, hat Projekt KK-Abschaltung geleitet

Thomas Bareiß MdB - Energiebeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Jochen Flasbarth - Staatssekretär BMU

Ulrich Kelber MdB - SPD

Oliver Krischer MdB - Grüne

Tarek Al-Wazir MdL - Grüne - Hessen

Christian Pegel MdL - SPD - Vorpommern

Franz Untersteller MdL - Grüne - BW

Claude Turmes MdEP - Grüne

Mechthild Wörsdörfer - EU

Jochen Homann - BNA

Wolfgang Lemb - IG Metall

Michael Vassiliadis Vorsitzender IG BCE

Regine Günther - WWF Deutschland

Boris Schucht - Vorsitzender der Geschäftsführung der 50Hertz Transmission GmbH

Dr. Erk Thorsten Heyen - Senior Vice President, Wacker Chemie AG

Dr. Martin Iffert - Vorstandsvorsitzender der Trimet Aluminium AG

Lothar Schulze - Geschäftsführung der Windwärts Energie GmbH

Vera Brenzel - E.ON AG Brüssel

Hildegard Müller RWE - Vorstand

Dr. Florian Bieberbach - Stadtwerke München GmbH

Dr. Holger Krawinkel - MVV

Prof. Dr. Ottmar Edenhofer - PIK

Dr. Hans-Joachim Ziesing - AGEB/DIW-ECON

Wenn man die Verzahnung versteht, wird einem vieles klar bei den Entscheidungen vieler Player im Umfeld der Energiewende.

Aktuell macht Agora Furore mit dem Kohle-Ausstiegsprogramm bis 204 (hier irrt allerdings der Herr Baake, wenn er glaubt, dass er den KKW-Hattrick wiederholen kann)

Das das alles so von der Initiatoren-Familie Schmidt-Ruthenbeck so gewollt war, wage ich zu bezweifeln: jeder Euro mehr, den der Bürger für Strom ausgibt, kann er nicht mehr bei den Kunden der Metro ausgeben, und jeder Arbeitsplatz, den die Energiewende vernichtet, bedeutet ebenfalls weniger Umsatz

dena - Wikipedia sagt:

Die Deutsche Energie-Agentur GmbH (kurz dena) ist ein deutsches Unternehmen, das sich selbst als „das Kompetenzzentrum für Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und intelligente Energiesysteme“ bezeichnet. Sie wurde im Herbst 2000 auf Initiative der rot-grünen Bundesregierung gegründet und agiert nach eigenen Angaben als eigenständiges Unternehmen parteipolitisch unabhängig.

Tatsächlich ist sie aufsichtsmäßig im Parlament verankert. Hier die Liste der bisherigen

Aufsichtsratsvorsitzenden:

Stefan Kapferer

Jochen Homann

Rainer Brüderle

Karl-Theodor zu Guttenberg

Michael Glos

Wolfgang Clement

Werner Müller

Einige Namen tauchen wieder auf.

Der erste und langjährige Geschäftsführer war der Herr Kohler, dessen persönlicher Werdegang den meisten bekannt sein dürfte. Auf der WEB-Site umreißt der derzeitige Geschäftsführer den Focus der dena so:

Die zweite Phase der Energiewende hat begonnen und bringt neue Herausforderungen mit sich. Eine zentrale Frage sieht Andreas Kuhlmann darin, wie die Vielzahl von Einzelkomponenten aus unterschiedlichen Sektoren

NAEB e.V. Stromverbraucherschutz, <http://www.naeb.de>, info@naeb.info Fax 05247 702909, Berlin

Spenden an: NAEB e.V., Berliner Sparkasse, IBAN DE50100500006603157851

Energiewende-Stopp für die Zukunft unserer Kinder in Deutschland

effizient und vernünftig miteinander verknüpft werden können. Für die dena als „Agentur für angewandte Energiewende“ bedeutet das mehr sektorübergreifende Zusammenarbeit, etwa bei der Digitalisierung der Energiewelt oder beim Fokusthema „Integrated Energy“ auf der diesjährigen Hannover Messe. Konkrete nationale und internationale Projekte zu realisieren sowie Innovationen und Potenziale mehr ins Blickfeld zu rücken, das alles wird Teil der dena-Aufgaben sein und kann der Politik wichtige Impulse geben.

Die Liste der Namen in den verschiedenen Vernetzung macht den Grad der konzertierten Vorgehensweise klar. Es wird auch deutlich, dass die Vernetzung Partei-übergreifend ist.

Andere Institutionen im Umfeld "Durchsetzung der Energiewende"

BNA – Bundesnetzagentur handelt nach politischen Vorgaben

AGEB – Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen halbstaatliche Organisation – eher Statistik-Lieferant

Nimbys machen Schleichwerbung für Windkraft

Folgender Text wurde in Spektrum.de veröffentlicht und kräftig von den Waldschützern weiter verteilt:

Energiewende: Windkraft im Wald - mehr Schaden als Nutzen

Die Windkraft ist ein wichtiger Baustein der Energiewende. Doch ihr Ausbau darf nicht weiter auf Kosten von Natur- und Artenschutz gehen, fordert Daniel Lingenhöhl.

25 000 Windkraftanlagen stehen in Deutschland – und langsam wird der Platz knapp für neue Rotoren, die Deutschlands Energiewende mit möglich machen sollen: Sie konzentrieren sich bislang vor allem auf windreiche Standorte an den Küsten. Weil jedoch Abstandsgebote eingehalten werden müssen, dürfen die Turbinen nicht zu nah an Feuchtgebiete, Siedlungen oder Flugplätze heranrücken. Geeignete Flächen werden also langsam Mangelware, weshalb Politik und Betreiber nach neuen Optionen suchen. Und da der Wind nicht nur im norddeutschen Flachland, sondern auch in den süddeutschen Mittelgebirgen relativ stetig und meist ausreichend stark weht, rücken diese Regionen nun in den Fokus. In vielen Bundesländern öffneten die Politiker dabei sogar geschlossene Waldgebiete für den Ausbau: In Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz oder Thüringen dürfen Windkraftanlagen inzwischen mitten in Wäldern errichtet werden, sofern die nötigen Voraussetzungen erfüllt sind.

Rein logisch sagt die Überschrift, dass Windkraft einen Nutzen hat. Nehmen wir das zunächst mal als gültige Aussage hin, zumindest wenn wir von dem Thema nichts verstehen oder bisher unreflektiert die Medien-Information konsumiert haben.

Dagegen ist dann der Schaden zu bewerten, und da mögen Bürger, die als Stadtbewohner eher weniger mit Wald, Natur und Wald-Tieren und Vögeln im Sinn haben, schon zu einer anderen Einschätzung kommen als die Waldschützer. Für diese Leser bleibt also die Nutzen-Botschaft erhalten und die Schadensbotschaft gilt als widerlegt bzw. irrelevant.

Merkels KKW-Abschaltgründe nach Asyl-Entscheid neu zu evaluieren

Bisher schien der Beweggrund klar: Die Mehrheit der Bürger war gegen die Kernkraft und da es keine zwingende Notwendigkeit für den Weiterbetrieb gab – schließlich waren seit dem rotgrünen Abschaltbeschluss von 2001 genügend neue Kohlekraftwerke gebaut worden, dass man ohne Versorgungsdefizite (kleine Ausnahme Bayern) die KKW abschalten könnte.

Als machtorientierte Politikerin hat sie also den Fukushima-Unfall für die erneute Abschaltentscheidung vorgeschoben – bei uns gibt es keine Tsunamis und die Sicherheitsstandards der japanischen und der deutschen KKW sind nicht vergleichbar.

Zu dieser vordergründig sehr rationalen und mit etwas Schmerzen nachvollziehbaren Entscheidung passt allerdings das Entscheidungsschema bei der Asylproblematik überhaupt nicht. Inzwischen mißbilligt die Mehrheit der Bürger den Kurs der Kanzlerin und es wird offen Kritik an ihrer Entscheidung geübt. Bei einem derzeit absehbaren weiteren Anwachsen des Asylantenstromes ist abzusehen, dass Ende 2016 eine überwältigende Mehrheit der Bürger mit dem Kurs nicht mehr einverstanden ist. Die Situation ist klar und die Meinung des Bürgers scheint Frau Merkel egal zu sein.

Damit ist eine erneute Analyse des Abschaltbeschlusses erforderlich. Was waren die tatsächlichen Gründe? Ich weiß es nicht.

NAEB-Jahresversammlung – Abschluß 2015

Am 16.1.2016 fand in Kassel die diesjährige NAEB-Versammlung statt, insgesamt nahmen 23 Personen teil.

Der teils neu besetzte Vorstand besteht aus folgenden Personen:

Vorsitzender: Duepmann (geschäftsführend) (Gütersloh)

stellvertretender Vorsitzender: Dr. Fix (geschäftsführend) (Lübbecke)

Kassierer: Elberfeld (geschäftsführend) (Vechta)

Schriftführer: Unseld (Berlin)

Pressesprecher: Prof. Dr. Appel (Schortens)

Vertreter für Kontakte zur Politik: Prof. Dr. Keutner (Berlin)

NAEB e.V. Stromverbraucherschutz, <http://www.naeb.de>, info@naeb.info Fax 05247 702909, Berlin

Spenden an: NAEB e.V., Berliner Sparkasse, IBAN DE50100500006603157851

Energiewende-Stopp für die Zukunft unserer Kinder in Deutschland**Eberharts Vers**

(Bericht und Kommentar von Andreas Mihm (FAZ vom 14.01.2016))

„Union verlangt Notbremse für Ökostromkosten“ sowie:
„Trauriger (...) Rekord: Wo Kosten nur steigen“

Voll Stolz ertönt jetzt die Fanfare: Schon 30% Erneuerbare!
Als nächstes Ziel von Rot und Grün, den Strom-Banausen in Berlin:
Die „60“ wird nun angesteuert!! Ja, sind die alle denn bescheuert?
Der Anstieg geht sogar noch weiter – und auch die Kosten steigen, leider!
Die „90“ hat man im Visier; da fehlt den Grünen das Gespür.
Als erstes muss die Kernkraft weichen – ein teurer Schwachsinn ohnegleichen!
Die Kohle kommt als Nächstes dran: Ein Harakiri, Mann-O-Mann!!

Ersatz zu finden ist jetzt schwer – wo kriegt man bloß Ersatzstrom her?
Denn Sonne, Wind und etwas Bio, die sind halt nur ein schwaches Trio!!
Mit Gas geht's auch nicht, viel zu teuer! Hat sonst man Eisen noch im Feuer?
Nein, Sonnenstrom bei Nacht und Nebel gibt's keinen, fragt mal August Bebel...

Und steht das Land dann voll Rotoren: Bei Flaute geht ihr Schwung verloren.
Ohne Kernkraft, Kohle, Gas? Frau Merkel tönt: „Wir schaffen das!“
Es mag vielleicht makaber klingen – man kann es auf den Nenner bringen:
Statt Strom aus Kohle und Atom, hilft künftig dann der Flüchtlings-Strom??

Bleibt uns zum Schluss die Muskelkraft,
mit der man sich Ersatz dann schafft??

17.01.2016/ Rudolf Eberhart

Heinrich Duepmann
Vorsitzender NAEB e.V.

Gesamtjahresausgabe mit Inhaltsverzeichnis und suchfähig gegen Spende von 10 EUR (Paypal) erhältlich